ANTIBERLINER

Kampfblatt für linke Politik und Kultur // Nr. 7 // Juni/Juli 2006

2 Intervenieren. Interview mit dem neugegründeten Netzwerk »Interventionistische Linke«

4 Prekarisieren. Niedriger Lohn, Urlaubssperre, Verbot von Betriebsräten und Zwangsumzüge

7 Integrieren. Neues Selbstbild der Deutschen. Ehrenmord, Rütli-Schule und Einbürgerungstest

Hallo Berlin, hallo Antiberliner!

Die Stadt und wohl auch das ganze Land stehen dieser Tage immer noch unter dem Bann der Fußballweltmeisterschaft, der wir ja schon unsere letzte Ausgabe gewidmet haben. So fallen Artikel explizit dazu dieses Mal nicht ganz so groß aus, vielmehr beschäftigen wir uns mit Prekarisierung, d.h. mit der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Nicht nur weil Menschen Zugang zu einem der unendlich vielen neuen Jobs, die ja entstanden sein sollen, verwehrt wird. Ausgegrenzt werden auch Menschen, die Beethovens Neunte immer noch nicht auf der Triangel spielen und somit die deutsche Staatsbürgerschaft nicht erwerben können. Aufzeigen wollen wir aber auch Versuchen, die sich mal wieder aktiv gegen alles, was durch den neoliberalen Siegesfeldzug oder nationalistische Stehversuche uns am schönen Leben hindern. Es wird ein heißer Sommer, so oder so.

Euer Antiberliner

Konsumtempelknast

Die Verhältnisse spitzen sich zu: Um die schönen Waren vor Kleinkriminellen wie Kaufhausdieben oder Kreditkartenbetrügern zu schützen, hat das Londoner Kaufhaus »Selfridges« in Kooperation mit der britischen Polizei Gefängniszellen in der Hauptfiliale in der Oxford Street eingerichtet. Durch die Damenwäscheabteilung führt nun der Weg direkt hinter schwedische Gardinen.

Termintip

Seit zwei Monaten treffen sich Jugendantifas wöchentlich in der Berliner Villa Felix und veranstalten Videoabende oder Diskusionen. Wer Infos zum Programm haben will: jab@antifa.de

Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider

»Wir wollen nicht immer im eigenen Mief hängen bleiben«

Die Interventionistische Linke macht in letzter Zeit von sich reden, z.B. bei der Mobilisierung zum »wir wollen alles«-Block auf der Demo gegen Sozialabbau am 3.6. in Berlin und bei den Vorbereitungen gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Der *Antiberliner* hat sich umgehört und mit einer Vertreterin der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) gesprochen, die bei der IL mitmacht.

Uns ist in letzter Zeit zunehmend die Interventionistische Linke (IL) aufgefallen. Wer ist das eigentlich?

Die IL ist ein bundesweiter Diskussions-, Aktions- bzw. Projektzusammenhang von linken Gruppen und Einzelpersonen. Die bei der IL mitmachen, waren und sind aktiv in der Antifa-, AntiRa-, Öko-, Pop-, Kultur- oder Gewerkschaftslinken, in internationalistischen, feministischen, sozialrevolutionären oder antimilitaristischen Initiativen. Es sind Leute aus Zeitungsprojekten wie der *Arranca*, der *Fantomas*, dem *AK* und der *So oder So*, aus Gruppen wie Avanti aus Norddeutschland, Radikale Linke aus Köln und Nürnberg, dem Zusammenhang Libertad und viele mehr, die ich jetzt hier nicht alle aufzählen will. Interessant ist die Mischung von verschiedenen Politikansätzen und -kulturen, also dass sich Leute zusammensetzen, die Demos organisieren, Zeitungen machen und auch jeweils mit ganz anderen Leuten zu tun haben, eben nicht so im eigenen Mief hängen.

Wann und wie habt ihr angefangen

Da muss ich ein bisschen ausholen, denn das was sich jetzt IL nennt, hat schon 1999 als ein eher lockeres Diskussionstreffen nach dem EU Gipfel in Köln angefangen. Das Treffen hat sich eher als ein Diskussionsort von Einzelpersonen verstanden, die über den ganz engen Rahmen ihrer eigenen politischen Schwerpunktsetzung mit anderen über die Zukunft von linker Politik diskutiert haben. Zu dem Treffen sind dann immer mehr dazugekommen und irgendwann war das Bedürfnis da, einen Schritt weiterzugehen. Von der Diskussion zur Intervention kann man das vielleicht beschreiben.

»Make capitalis History«, Protest gegen G8 geplant

Der Name »Interventionistische Linke« klingt ja eher etwas sperrig und ungewöhnlich. Woher kommt er, und was ist damit gemeint?

Mit Intervention ist erst mal Eingreifen gemeint. Es kommt von dem gemeinsamen Bedürfnis, sich nicht mit einer bloß kommentierenden und kritisierenden Rolle zu begnügen, sondern praktisch in politische und soziale Auseinandersetzungen einzugreifen – eben zu intervenieren.

Was hält euch zusammen oder anders gefragt, was wollt ihr?

Der Ausgangspunkt ist, erstmal festzustellen, dass die Linke in Deutschland ziemlich bedeutungslos ist. Jetzt nicht nur rein zahlenmäßig gesehen, sondern eben von dem her, inwieweit eine Linke in der Lage ist Meinungen zu machen in der Öffentlichkeit, oder einem Ausschnitt der Öffentlichkeit. Wenn man sich mal die Debatte über Migration, Abschiebung und Rassismus in den Medien anguckt. Alles, was dort rüberkommt ist bestenfalls Betroffenheit und eher klägliche Versuche die Ungerechtigkeiten auf der Welt darzustellen. Warum diese Ungerechtigkeiten existieren wird dann ja schon ausgeblendet. Wenn eine Linke eine gewisse Stärke hätte, wäre sie in der Lage, die Diskussion in eine andere Richtung zu drängen. Dass jeder Mensch auf der Welt das Recht hat zu leben, wo er oder sie will, dass jeder Mensch das Recht auf uneingeschränkte Bewegungsfreiheit haben sollte, dass es keine Lager geben sollte, dass MigrantInnen hier leben können sollten wie alle anderen auch usw. Das

lässt sich auch auf andere Bereiche übertragen wie z. B. bei der sozialen Frage, 1 Euro Jobs, Hartz IV und der ganze Mist. Hier fehlt in der öffentlichen Debatte völlig das Gegengewicht, z. B. dass niemand zu beschissenen Jobs gezwungen werden sollte, da jeder und jede das Recht auf ein Leben in Würde und eine Sicherung seiner/ihrer Existenz haben sollte und das ganz ohne »wenn-und-aber« Bedingungen.

Jetzt bin ich ein wenig abgeschweift, aber eben diese Stimm- und Bedeutungslosigkeit der Linken zu überwinden – daran wird in der IL diskutiert.

Um stärker zu werden, muss man sich aber zusammentun, das ist ja nun eine Binsenweisheit, aber das ist eben sehr wichtig, zu probieren, sich zusammenzutun.

Und was ist daran anders als bei den vielen Netzwerken, Organisationen und Bündnissen, die es gibt oder vorher gab?

Die IL sieht sich eben nicht als Ansatz zur Gründung einer weiteren parteiförmigen Organisation in Konkurrenz zu anderen, die es schon gibt, sondern als ein offenes Projekt, das sich durch Eingreifen in praktische Kämpfe entwickeln soll. Und anders als andere Versuche in letzter Zeit ist sicher auch die Zusammensetzung. Es ist gerade keine Organisierung an einem Schwerpunkt, an dem sich alle schon so ähnlich wie möglich sind, wie das meist versucht wurde, z. B. bei der Antifaorganisierung.

Kempinski-Hotel in Heiligendamm. Dort soll der G8-Gipfel 2007 stattfinden

Was macht ihr ganz konkret?

Neben der Debatte um das Selbstverständnis der IL und um die politische Strategie, ist der Schwerpunkt die Mobilisierung nach Heiligendamm zum G8 Gipfel 2007. Da die IL ja ursprünglich am Rande von Gipfelmobilisierungen entstanden ist, ist es auch nahliegend, dass sie beim G8 in Erscheinung tritt. Ganz konkret haben wir eine Aktionskonferenz in Rostock mit vorbereitet, bei der über 300 AktivistInnen aus unterschiedlichsten Spektren von Umwelt- und Friedensinitiativen bis zur radikalen Linken zusammenkamen und über gemeinsame Aktivitäten gesprochen haben. Wir machen eine regelmäßige Zeitung zur Mobilisierung, die *G8 extra*, von der bisher eine Nummer herausgekommen ist und eine englischsprachige, die auf dem Sozialforum in Athen verteilt wurde. Wir mobilisieren zum »wir wollen alles«-Block auf der Sozialabbau Demo am 3.6. in Berlin und wollen auch den Zusammenhang von Sozialabbau und dem G8 Gipfel herstellen. Ja, eben Kämpfe zusammenbringen- das war unsere Bemühung bisher und da werden wir auch weiter machen.

◆ Website der IL zur Mobilisierung nach Heiligendamm: http://www.g8-2007.de/

Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Paranoia?«

In lockerem, sandigen und nicht zu feuchten Boden wachsen in gerade richtig warmen Regionen verschiedene Varianten des Asparagus, zu deutsch Spargel. Gegen Ende des Mittelalters zählte dieser zu einer teuren Delikatesse, an deren Konsum man sich zu Hofe erfreuen durfte.

Zwar ist die Spargelzeit in diesem Jahr nun schon so gut wie vorüber, mit den Auswirkungen der personalintensiven Ernte dieses Gemüses werden wir uns allerdings noch mindestens einen Monat auseinandersetzen müssen. Abgesehen von der schier unglaublichen Verdrängung deutscher Spitzenverdiener vom Arbeitsmarkt, ergibt sich mit dem Einsatz polnischer Arbeitskräfte ein bisher wohl den meisten unbekanntes Bedrohungsszenario: So hat der Polizeichef der niedersächsischen »Residenzstadt« Celle sich gegen eine Leinwandübertragung der Fußball-WM in der Innenstadt ausgesprochen, unter Hinweis auf die Bedrohung durch die als Spargelstecher getarnten polnischen Hooligans und die von ihnen potentiell ausgehende Randale.

Nun kann schlecht dem edlen Stängel die Schuld an derartigen Problemen der Menschenwelt gegeben werden, vielleicht sollte dennoch im Vorfeld des nächsten Großevents über eine zeitweilige Verlegung der Anbaugebiete nachgedacht werden. Auch über den Einsatz elektronischer Fußfesseln für potentielle »Spargelgewalttäter«, die selbstverständlich auch in einer gesonderten Datei zu erfassen wären, sollte nachgedacht werden. Die doppelte Freiheit des Lohnarbeiters (frei von Produktionsmitteln und frei seine Arbeitskraft zu verkaufen) wird damit schließlich nicht im Geringsten angetastet.

George und Angela

Am 14. Juli wird US-Präsident Bush auf Einladung von Kanzlerin Merkel nach Stralsund kommen. Einen Tag später beginnt G8-Gipfel in St. Petersburg. Somit wird Stralsund einen Vorgeschmack bieten auf das, was 2007 in Heiligendamm passieren wird. Während sich die lokale CDU über den hohen Staatsbesuch freut, werden demokratische Grundrechte ausgehebelt: Als Bush 2005 nach Mainz kam, durften Anwohner ihre Häuser nicht verlassen und Journalisten sich nur in Begleitung von Sicherheitskräften bewegen. Bereits jetzt planen Friedensgruppen und VertreterInnen aus der globalisierungskritischen Bewegung Aktionen.

Sozialforum in Athen

Vom 04.05. – 7.05.06 fand in Athen das 4. Europäische Sozialforum statt. Einige Tausend Menschen aus ganz Europa und darüber hinaus diskutierten und tauschten sich über den Prozess der neoliberalen Globalisierung aus. Im Mittelpunkt stand der bevorstehende Krieg gegen den Iran, die Ereignisse im Irak, aber auch der bevorstehende G8-Gipfel im Heiligendamm im nächsten Jahr.

Auf einer großen Abschlussdemonstration gegen Sozialabbau und Krieg nahmen etwa 30.000 - 50.000 Menschen teil. Es kam zu teilweise starken Auseinandersetzungen mit der Polizei. Dabei wurden mehrere Banken angezündet und etliche Schaufenster zerstört.

SCHWERPUNKT

Wer bremst verliert? - Prekarisierung in Europa

In den letzten Jahren haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen auch für viele Menschen in den ehemaligen Industrienationen verschlechtert. Für diese Verschlechterungen gibt es einen Namen: Prekarisierung.

Die Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte, bei denen die großen Unternehmen durchweg Rekordgewinne verbuchten, gingen ausnahmslos zu Lasten der ArbeiternehmerInnen. Längere Arbeitszeiten, Streichung des Weihnachts- und Krankengeldes, Entlassung aus langjährigen Arbeitsverträgen in tariflich nicht abgesicherte und jederzeit kündbare Leiharbeitsverhältnisse – diese Maßnahmen haben nicht nur die Arbeitsverhältnisse unsicherer gemacht, sondern das gesamte Leben der Betroffenen neu gestaltet. Wer plant schon über das nächste Jahr hinaus, wenn die eigenen Einkommensverhältnisse so unberechenbar geworden sind wie das Wetter im April? Wie viele Leute trennen sich ungewollt von vertrauten Lebensgewohnheiten und Bekanntenkreisen, um das Elend einer bis an die körperliche und geistige Schmerzgrenze gesteigerten Ausbeutung nicht mit dem einer fortgesetzten finanziellen Abhängigkeit vom Elternhaus – oder auch dem einer nicht mehr zu bewältigenden Verschuldung – zu tauschen? Als Prozess, der nicht nur auf den Kontostand, sondern auch auf die Selbstwahrnehmung der Betroffenen abzielt, bringt Prekarisierung arbeitende Menschen dahin, mit sich selbst ebenso rücksichtslos umzugehen, wie es ihre unternehmerische Definition als »Humankapital« nahe legt. Dazu passt, dass die Angst vor dem finanziellen Abseits den statistischen Krankenstand auf das niedrigste Niveau seit Kriegsende gedrückt hat – lieber heute mit Grippe am Schreibtisch als morgen ohne Job vom Vermieter aus dem Bett geklingelt werden. Gesundheit und persönliche Entfaltung werden immer häufiger zurückgestellt, denn es gibt immer jemanden, der schon auf deinen Job wartet – so jedenfalls wird es ArbeitnehmerInnen täglich vermittelt.

Studentenleben

Es sind aber nicht nur die Jobs auf dem so genannten »ersten Arbeitsmarkt«, die zunehmend unsicher (prekär) werden. Auch die immer zahlreicher werdenden »unsichtbaren« Jobs in Bereichen wie Haus- oder Pflegearbeit geraten ins Visier. Das Spektrum unbezahlter Arbeit wird ausgeweitet (»Ich mach gerade ein Praktikum in einer Werbeagentur, und du?«), oder Arbeit wird, z.B. in Form von Minijobs, an Menschen delegiert, die – beispielsweise durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus als MigrantInnen – gezwungen sind, jeden noch so schlecht bezahlten Job anzunehmen. Der aus den USA bekannte Trend zum Zweit- oder Drittjob – also der Zwang, mehrere Jobs anzunehmen und neben- und nacheinander zu bewältigen, da kein Einzeljob eine ausreichende Lebensgrundlage bietet - lässt sich längst auch in Europa beobachten. Viele StudentInnen machen es schon vor: zwei Tage in der Woche studieren, drei Tage im Callcenter arbeiten und am Wochenende die Thekenschicht im Cafe um die Ecke, weil das Geld doch nicht reicht.

Ist der Ruf erst ruiniert: LIDL

Und bist du nicht willig…

Überall in Europa arbeiten Menschen völlig flexibilisiert und ohne dauerhafte finanzielle Absicherung. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit bis an den Punkt, an dem nicht nur das Wochenende regelmäßig ausfällt, sondern auch der immer seltener werdende Abend mit Freunden den Charakter von bloßer Reproduktionsarbeit – also von Wiederherstellung des am nächsten Morgen schon wieder an den Chef abzutretenden Arbeitsvermögens – annimmt. Die »neue Selbständigkeit« ist häufig nichts anderes als eine auf die gesamte Lebenszeit ausgedehnte Verfügbarkeit für unternehmerische Anforderungen. Dabei wechseln in ihrer Intensität kaum noch zu steigernde Arbeitsphasen mit wochenlangen Pausen, in denen Geldmangel an den Rand des Ruins führt und die Handlungs- und Bewegungsfreiheit in dem Maße einschränkt, dass die Betroffenen auch die Fähigkeit verlieren, einmal nicht angstvoll an ausstehende Rechnungen zu denken.

Dabei sind vergleichsweise flexible Arbeitsverhältnisse, die eigenständige Gestaltung der Arbeitszeit und die Möglichkeit kreativer Betätigung alte Bestandteile linker Forderungen. Die Perspektive, 45 Jahre abgesichert aber völlig stupide acht Stunden täglich am Fließband zu arbeiten, ist eine, die die radikale Linke lange bekämpft hat, und die sie sich heute keineswegs zurückwünscht. In Abgrenzung zu diesem so genannten »klassischen Normalarbeitsverhältnis« empfinden vor allem jüngere ArbeitnehmerInnen Zeitarbeit und häufige Jobwechsel durchaus als Bereicherung. Doch da wo Flexibilität »Urlaubsverbot und 18-Stunden Tag« und Eigeninitiative »private Altersvorsorge und Aushebelung des Kündigungsschutzes« bedeuten, verkommen Selbstbestimmung und Kreativität zur Farce.

Gesellschaftliche Integration findet längst europaweit über Lohnarbeit statt. Die Parole »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« – die eine faschistische Vorgeschichte hat – wird dabei in einem gesellschaftlichen Kontext zum Einsatz gebracht, in dem der Traum von der Vollbeschäftigung bereits seit Jahrzehnten ausgeträumt ist. Selbst, wer unbedingt lohnarbeiten will, kann dies häufig nicht tun, da mit der fortschreitenden Automatisierung und Auslagerung von Produktionsstätten Arbeitsstellen unwiederbringlich wegfallen. Doch nicht mehr die Verantwortung des Staates, seinen BürgerInnen ein Leben jenseits von sozialer Stigmatisierung zu ermöglichen steht im Vordergrund, sondern vielmehr die Verantwortung der Einzelnen, sich über Arbeit am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Erwerbslosigkeit wird nicht mangelnden Perspektiven zugeschrieben, sondern individuellem

Versagen. Gleichzeitig werden – auf der rhetorischen ebenso wie auf der rechtlichen Ebene – gesellschaftliche Spaltungsmechanismen zum Einsatz gebracht, durch die unterschiedlich Betroffene – z.B. ArbeiterInnen und Erwerbslose, StaatsbürgerInnen und MigrantInnen – gegen einander ausgespielt werden sollen. Divide et impera – teile und herrsche – so lautete schon immer die Strategie kapitalistischer Umstrukturierung.

Gegen Prekarisierung angehen bedeutet deshalb immer auch, die Kämpfe für Würde und Selbstbestimmung – die so vielfältig sind wie die Ausbeutungsverhältnisse – in ihrer Gemeinsamkeit zu denken. Es gibt diese Kämpfe überall dort, wo Prekarisierung gesellschaftliche Realität geworden ist. Gegen Prekarisierung haben die AktivistInnen gekämpft, die letztes Jahr europaweit gegen die im EU-Verfassungsentwurf eingeschriebene »Bolkestein Richtlinie« – die auf einen kontinentalen Abbau traditioneller Arbeitsrechte abzielte – mobilisierten. Gegen Prekarisierung und die mit ihr verbundene gesellschaftliche Ausgrenzung haben in Frankreich die Streikbewegungen der 1990er Jahre, die als »Abschaum« beschimpften Erwerbslosen der Vorstädte und die in diesem Frühjahr entstandene Bewegung der HochschülerInnen und StudentInnen gekämpft. Gegen Prekarisierung kämpfen in der Bundesrepublik die ArbeiterInnen bei Opel Bochum ebenso wie das streikende Klinikpersonal oder die Kampagne »Kein Mensch ist Illegal«, die sich gegen die Entrechtung von MigrantInnen engagiert. Ob in Paris die Büros von Zeitarbeitsfirmen besetzt oder Stockholmer Jobcenter in Brand gesetzt werden, ob in Italien gegen die Hochschulreform mobilisiert oder in deutschen Städten durch Kampagnen wie »Berlin Umsonst« der unentgeltliche Zugang zur öffentlichen Infrastruktur eingefordert wird – es geht um Prekarisierung.

Klassenkampf vor dem 1. Mai

Hamburg

Gegen die Reichen! Maskierte plündern »Frische-Paradies Goedeken« und verteilen Schampus an Ein-Euro-Jobber

Seiten 8/9

FREIHEIT 36

Aktion zum Mayday in Hamburg 2006. Faksimile aus der Hamburger Morgenpost, 01. 05. 2006

Gemeinsamer Nenner dieser Kämpfe bleibt die Ablehnung marktwirtschaftlicher Akteure als letzter Entscheidungsinstanz bei der Bestimmung gesellschaftlicher Lebensbedingungen.

Wem gehört die Welt?

Unsere Gesellschaften zeichnen sich heute durch einen geschichtlich einzigartigen materiellen und kulturellen Reichtum aus. Diesen Reichtum haben arbeitende Menschen geschaffen – auch dann, wenn ihre Arbeit als solche nicht anerkannt und also auch nicht entlohnt wurde. Eben solche Menschen produzieren diesen Reichtum auch von Tag zu Tag neu - ob es sich um neue Waren für die Kaufhäuser handelt, um städtische Infrastruktur oder um Ideen – soziale und kulturelle Projekte, die sich nicht immer unmittelbar anfassen lassen.

Über das was alle geschaffen haben, sollen auch alle verfügen können. Das Vermögen, politische und soziale Verhältnisse zu gestalten, liegt letztendlich bei denen, die diese Welt durch ihr Arbeitsvermögen und ihre Kreativität, denen kein abstrakter Rechtsbegriff und keine ökonomische Rechnung gerecht werden können, täglich neu schaffen und in Gang halten. Darum wird in den Kämpfen gegen Prekarisierung zwar von sozialen Rechten gesprochen, gemeint sind damit aber nicht etwa jene bürokratisch fixierten Gleichheits- und Freiheitsversprechen, bei denen doch nur herauskommt, dass es Armen und Reichen gleichermaßen freisteht, unter der S-Bahn-Brücke zu nächtigen. Gemeint sind selbst bestimmte politische und soziale Rechte – unabhängig von Nationalität und Staatsbürgerschaft. Erste Grundlage der Kämpfe für diese Rechte bleibt das Wissen darum, dass die Welt nicht denen gehört, die sie entgegen den Bedürfnissen der Menschen gestalten, sondern allen, denen an einer besseren Welt als dieser gelegen ist.

Heike Wieters, Max Henninger (FelS, arranca!)

Kein Rauswurf, keine Räumung!

Wer Hartz IV empfängt, ist entrechtet. Die Demütigungen werden mit der Beschränkung des zulässigen Wohnraums noch mal auf die Spitze getrieben. Die Welle der Bescheide aus den Jobcentern kommt langsam, aber unaufhaltsam ins Rollen. Die Betroffenen werden auch in Berlin und trotz anderslautender Behauptungen des SPD/PDS-Senats seit Anfang 2006 aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten ihre Mietkosten zu senken. Gelingt ihnen das nicht, droht ihnen die zwangsweise Umsetzung in eine ihrem sozialen Status »angemessene« Bleibe. Allein in Berlin droht 30 bis 40.000 Menschen der Zwangsumzug.

Gegen diesen massiven Angriff auf die Würde von ALG-BezieherInnen macht die Kampagne gegen Zwangsumzüge mobil. Seit März wurde deshalb in Berlin eine kostenlose Notrufnummer geschaltet.

Unter der Nummer 0800 – 27 27 27 8 gibt es Tipps, Tricks, Rat und Tat. Im Notfall soll auch die Verhinderung von Zwangsräumungen durch Strassen- bzw. Hausblockaden organisiert werden. Obwohl der große Angriff auf die Wohnungen der »Überflüssigen« erst nach den Wahlen im September zu erwarten ist, steht das Telefon kaum still. »Wir hören tagtäglich Verzweiflung und Elend am anderen Ende der Leitung. Die Wut wächst!« so eine Aktivistin des Notruftelefons. Die Hoffnung der Kampagne: Das Motto »Wohnung-Würde-Widerstand« muß Realität werden.

Ab Mitte Juni gibt's eine Mobilisierungsspot der Kampagne in vielen Berliner Kinos!

■ Infos und Material: www.gegen-zwangsumzüge.de

G8 in St. Petersburg

Im Juli 2006 werden die G8-Mitgliedsstaaten ihren Gipfel in St. Petersburg, Russland, abhalten. Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs vom 15. bis 17. Juli will der Kreml die Themen globale Energieversorgung, Bildung sowie Schutz vor Infektionskrankheiten in den Mittelpunkt stellen. Letzteres soll neben AIDS auch die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Vogelgrippe umfassen. Unter anderem ruft das »Network Against G8« zu weltweiten Protesten während des Zeitraumes des Gipfels auf. In einem Aufruf heißt es »Wir rufen auf zu weltweiten Protesten während des G8 Gipfels in St. Petersburg. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wird auf das Ereignis des G8 Gipfels gerichtet sein und wir müssen zeigen, das die G8, wohin auch immer sie gehen, auf Protest treffen.«

◆ Mehr Informationen: http://gipfelsoli.org/index.htm

Internettip

www.kickit-berlin.de

Antifa meets CSD

Im letzten Jahr wurde im polnischen Warschau eine Gleichheitsparade (Parada Równosci) von Bürgern und der Polizei gewaltsam attackiert. Demonstrationsteilnehmer waren Steinwürfen und Polizeiknüppel ausgesetzt. Dieses Jahr, am 10. Juni soll der Umzug wieder stattfinden mit der Beteiligung der Berliner Antifa Weissensee. Busfahrkarten und Termine findet ihr unter: www.aw.antifa.de

Weisse Masken auch in Barcelona

Die Überflüssigen in Barcelona. Eine Initiative versucht den Spagat zwischen sozialen Kämpfen, Alltagsrebellion und dem Ringen nach Selbstbestimmung.

Rote T-Shirts, weiße Masken und eine politische Aktion. Die Überflüssigen? Ja, aber tausend Kilometer südlich. Wie in Deutschland oder Italien gibt es in Barcelona schon seit längerem eine sehr ähnliche Initiative: »Paisos Catalans Insubmisos – Desobediència« (kurz Desobediència). Die Aktivisten tragen ebenfalls weiße Masken und rote Klamotten mit Logoaufdruck – wegen der Wärme allerdings keine Kapuzenpullis sondern T-Shirts. Die Kampagne entstand auf Initiative der linken katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Die Richtung ähnlich: Ungehorsamkeit (desobediència) beziehungsweise Verweigerung (insubmissió) als politische Aktion.

Ungehorsam von A bis Z

Mit der Ungehorsamkeit erhielten die sozialen Bewegungen ein weiteres Instrument für ihre tägliche Arbeit. Die Beteiligung an Desobediència ist ähnlich offen wie bei den Überflüssigen. In der Regel sind es die sozialen Bewegungen, Hausbesetzer, Anarchisten aber auch Umweltschützer und Basisgewerkschafter, die sich die roten T-Shirts überstreifen und als Desobediència auftreten.

Die Kampagne gibt vielen Menschen die Möglichkeit, ihr Handeln in einen größeren Kontext zu stellen.

Logo der »Desobediència«

Sprühaktion vor Zeitarbeitsfirmen im März 2006 (dezentrale Aktionswoche gegen Präkarisierung)

Durch einen gemeinsamen Namen, ein Logo sowie einem äußerlich einheitlichen Auftreten werden verschiedene Aktionen in den Rahmen einer politischen Kampagne gestellt. Inhaltlich werden die Themen jedoch weiter gefasst als bei uns. Neben den typischen sozialen Kämpfen (Arbeitslosigkeit, Studierende oder Zeitarbeit) gibt es auch Aktionen in den Bereichen Umweltschutz, Frauenbefreiung, Umstrukturierung, Kritik an kapitalistischen Großprojekten, Antifaschismus oder für die Unabhängigkeit von Spanien.

Aktionsfeld Katalonien

Für die katalanischen Aktivisten steht die Unabhängigkeit vom spanischen Zentralstaat gleichberechtigt zu der sozialen Befreiung. Der Bezug auf die eigene Region seitens der Linken fußt auf historischen, kulturellen und sozialen Grundlagen. Zentral dabei die Erfahrungen von Bürgerkrieg und Franquismus. Während des Bürgerkrieges war besonders in den Regionen Katalonien und Baskenland der Widerstand gegenüber den Franquisten stark gewesen. Dies hatte zur Folge, dass die Repression während des Franquismus hier besonders stark war.

Geprägt ist der Bezug aufs ‚katalan-sein' seitens der Linken durch ein zutiefst republikanisches Verständnis. So gehören nach Ansicht von Endavant (linke Unabhängigkeitsorganisation) alle arbeitenden beziehungsweise arbeitslosen Menschen in Katalonien zur katalanischen Arbeiterklasse.

Konkrete Praxis

In Ballungsräumen wie Barcelona kam es in der Vergangenheit auch zu größeren Sabotageaktionen von Desobediència. Erst im Frühjahr 2006 wurden im gesamten Stadtgebiet die Schlösser von Zeitarbeitsfirmen verklebt oder die Fassade besprüht. In einem Comuniqué kritisierte Desobediència, dass durch Zeitarbeit die Menschen ausgebeutet und ihres Lohnes beraubt werden.

◆ www. desobediencia.tk
www.endavand.org

Weisse Masken in Schweden

Unter dem Namen »Die Unsichtbare Partei« gibt es auch in Schweden Aktionen, die ähnlich der »Überflüssigen« auf die neoliberalen Angriffe auf das Leben mit sichtbaren Aktionen aufmerksam machen. Dort lassen sich beispielsweise erhöhte Teilnehmerzahlen sowie auch militante Aktionsformen auf der 1.Mai Demonstration in Stockholm auf die mobilisierende Außenwirkung der Unsichtbaren zurückführen. Schon im Herbst 2005 wurde mit der Unterstützung des wilden Streiks in der Stockholmer U-Bahn der Weg für neue, breitere Aktionsformen geebnet. Größere Bekanntheit erlangte die Kampagne durch eine politische Dokusoap im staatlichen Fernsehen, bei der ein Linksradikaler die Debatte und damit ca. 30.000 Euro für die »Unsichtbaren« gewann.

Welcome to Germany!

Integrationsunwilligkeit – oder das neue Selbstbild der Deutschen. Von Parallelgesellschaft, Ehrenmord, Rütli-Schule und Einbürgerungstest

Deutschland putzt für die WM. »Freunde« sollen sich wohlfühlen, wenn sie Gäste (!) sind

Willkommen sollen sie sein, die besten Fussballteams und ihre Fans aus aller Welt, auf großen Lettern steht es überall im Lande zu lesen »Die Welt zu Gast bei Freunden«. Die öffentlichen Diskurse sind jedoch auch von einem ganz anderen Bild gekennzeichnet, nämlich von der Ablehnung gegenüber einer vermeintlich existierenden Parallelgesellschaft in Deutschland. Kristallisationspunkte der breitgetretenen Diskussionen sind angefangen von der Kopftuchdebatte, in den letzten Monaten insbesondere der Ehrenmord (Fall Sürücü) und die Berliner Rütli-Schule (»Terror-Schule«, O-Ton *BILD*). Um eine Ausweitung dieser ‚Parallelgesellschaft' zu verhindern, soll jetzt endlich mit einem Fragen-Katalog zur Einbürgerung sichergestellt werden, dass »Kenntnisse des demokratischen Staatswesens und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Gleichberechtigung, der Toleranz und der Religionsfreiheit« (Verordnung der Bundesregierung 2002) geachtet werden.

Wer integriert wen?

Eng verknüpft mit den öffentlichen Diskussionen um Parallelgesellschaft, Ehrenmord, Rütli-Schule und Einbürgerungstest ist das Bestreben nach Integration. Integration hört sich gut an, ist aber zunächst nur eine leere Worthülse, die nach Belieben gefüllt werden kann. Das Verständnis von Integration fußt dabei auf zwei verschiedenen Vorstellungen: Die Gesellschaft integriert die Menschen oder die Menschen müssen sich in die Gesellschaft integrieren. Egal, wie integriert wird, die Diskussion setzt eins voraus, das Ausgehen von unterschiedlichen Kultur-, Wert- und Religionsvorstellungen. Denn um jemanden als integrationsbedürftig anzusehen, muss dieser zuerst als »Anderer« stigmatisiert werden, um dann wiederum integriert werden zu können.

Selbstbild – Fremdbild

Zentral für die Thematik Integration ist also ein Verständnis vom »Eigenen« (Selbstbild) und vom »Anderen« (Fremdbild). Das Fremdbild, welches sich in der Öffentlichkeit entlang von religiösem Fanatismus (Kopftuch, Zwangsheirat bis Ehrenmord) zieht, ist seit dem 11. September 2001 kontinuierlich ausgebaut worden. In Abgrenzung vom Fremdbild des rückständigen, antidemokratischen Troublemakers ist es leicht ein positives Selbstbild zu konstruieren, welches mit Werten wie Pluralismus, Toleranz, Aufklärung und Fortschrittlichkeit verbunden wird. Konstruiert wird eine moralische Überlegenheit, indem das Unzivilisierte, Rückständige, Kriminelle, Gewalttätige nach außen verlagert wird.

Durch die einseitige Projektion von wachsendem Antisemitismus, Pisakatastrophe, Homophobie, jugendlicher und familiärer Gewalt, überzogener Männlichkeit auf Türken, Araber beziehungsweise Muslime im Allgemeinen entsteht Rassismus. Dieser Rassismus ist kein völkischer, sondern ein kulturalistischer: Das Individuum wird darauf reduziert, eine bestimmte Kultur zu repräsentieren und die mentalen Strukturen/Lebensformen des Einzelnen als durch den kulturellen Hintergrund bestimmt und als unveränderlich ansehen.

Kultureller Rassismus

Dass diese Vorstellungen nicht im luftleeren Raum schweben, zeigt sich in der zunehmenden Ablehnung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Versuch muslimischer Gemeinden aus den grauen Hinterhöfen rein ins öffentliche Leben zu treten. Beispiel Berlin Heinersdorf, dort engagieren sich seit Mitte April Bürger gegen den Bau einer Moschee. 1.500 aufgebrachte Bürger verhinderten eine Informationsveranstaltung des Bezirks zum Bau, der anwesende Imam musste unter Polizeischutz aus dem Saal gebracht werden. Die neu gegründete Bürgerinitiative sammelte 2.000 Unterschriften gegen den Bau, beauftragte Juristen den Bescheid der Baugenehmigung zu prüfen und plant jetzt ein Bürgerbegehren.

Kampagne I

Der Berliner Bezirk Lichtenberg gilt als Hochburg und Rückzugsraum der Nazis. Dieser Mythos soll nach Meinung der Antifa Hohenschönhausen und der Antifaschistischen Linken Berlin dieses Jahr zerbrechen. »Der Sommer 2006 wird ein heisser Sommer für Nazis«, so eine Sprecherin der ALB. Es ist eine Kampagne über einen längerene Zeitraum geplant. Auftakt soll eine im Sommer geplante Demo sein.

◆ weitere Infos demnächst: www.antifa.de

Nazihaus abgebrannt

Am 14. Mai 2005 wurde ein Schulungs- und Freizeitzentrum der neofaschistischen NPD in Kirchheim (Rheinland-Pfalz) durch ein Feuer schwer beschädigt. Das Zentrum wird/wurde von der NPD sowie Freien Nationalisten genutzt. Der Sachschaden beläuft sich auf 100.000 Euro. Bisher hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt, obwohl an mehreren Stellen Brandbeschleuniger gefunden wurde, was auf einen gezielten Angriff deutet.

Dritter Inselrock

Am 1.Juli wird zum dritten Mal in Folge auf der Tegeler Insel (Reinickendorf) das Open-Air-Festival Inselrock stattfinden. Unter anderem werden Skavache, Marycones, Sempa, Les Essential, Reziproke, Friday, und andere Bands auftreten. Los geht's ab 13 Uhr auf der Tegeler Insel (U6-Alt-Tegel).

◆ Mehr Infos: www.rantifa.de

Fusion Festival
Immer wieder schön. Hier kann man auf alten Hangern chillen und lustige Menschen sehen, die es sonst nur in einer Fantasiewelt nach 3 Pillen intus gibt.

Eine feste Musikrichtung gibt es hier nicht. Viel Elektro, schwedischen HipHop von Looptroop, Jan Delay oder die alten Goldenen Zitronen.

◆ Fusion, 28. Juni bis 2. Juli, Flughafen Lärz (bei Mirow), www.fusion-festival.de, Ticket: 45 Euro

Jz Dorfen Festival
Jährlich lädt das örtliche Jugendzentrum zum Tanz. Der Polittreffpunkt in Bayern. Diesmal dabei: ZSK (neues Album erschienen), Mono&Nikitaman, Skarface und Chaoze One

◆ Dorfen Festival, 21. bis 23. Juli, Feldweg Dorfen, www.juggi.de, kostenlos

Force Attack
Das Punkfestival schlechthin. Hier regiert noch König Punkrock. Als Besucher erlebt man Geschichten, die sich für immer in das Gehirn brennen und nie wieder verschwinden werden.

Zu sehen gibt es alles, von Eisenpimmel zu Dritte Wahl über Angelic Upstarts und Rawside bis hin zu The Exploited

◆ Force Attack, 28. bis 30. Juli, Behnkenhagen (bei Rostock), www.forceattack.de, Ticket: 30 Euro

»Wir trennen Politik und Fussball nicht«

Sie werden in St. Pauli auch die USPler genannt und sind die Ultras des gleichnamigen Fußballvereins. Der Antiberliner sprach mit einem Mitglied.

Kannst du deine Gruppe mal vorstellen und verraten, wer ihr seid und was ihr macht?

USP gibt es jetzt seit vier Jahren, nach dem Erstligaabstieg 2002 gründeten wir uns, um etwas gegen die zunehmende Lethargie innerhalb der Fanszene zu unternehmen. Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt 180 Mitglieder, was absolut okay ist, gemessen daran, dass wir uns absolut nicht opportunistisch verhalten und die braun-weiße Fanszene sehr konservativ agiert und nur langsam bereit ist Neues anzunehmen.

Ihr beteiligt Euch neben dem Fußball auch an politischen Ereignissen bzw. gestaltet Politik in Hamburg mit? Was macht ihr genau?

Wir trennen schon mal nicht die Komponenten Fußball und Politik, sondern nutzen den öffentlichen Raum, um Politik zu thematisieren oder um auf sie zu reagieren. Antifaschismus ist ein nicht wegzudenkendes Element bei USP und beeinflusst unsere Außendarstellung, Mitgliederstruktur und Aktivität enorm. Wir sehen Antifa-Arbeit allerdings auch in erster Linie praktisch und sind daher oft auf Aktionen, Kundgebungen und Demos anzutreffen – auf Grund der Größe der Gruppe natürlich auch meistens mit sehr vielen Leuten. Von uns wurde die Kampagne gegen einen Naziladen auf Sankt Pauli mitinitiiert. Den Laden gibt es jetzt seit einem Jahr und man muss sich eingestehen, dass der Widerstand dagegen beschämend gering ist, erst in den letzten Wochen gab es erneut Aktionen.

Bei Euch spielt Politik auch im Stadion eine Rolle …

Als erstes sorgen wir schon durch unsere Optik von Fahnen, Doppelhaltern und Spruchbänder für ein klar linkes Bild in der Sankt Pauli Fankurve. Durch vier eigene

Ultrà Sankt Pauli aus Hamburg

Medien haben wir ganz einfach die Möglichkeit schnell über politische Geschehnisse zu informieren oder für Demonstrationen zu mobilisieren, das prägt insbesondere junge Fans enorm. Es muss innerhalb der aktiven Fanszene nicht über die Legitimität von direkten Aktionen gegen Nazis diskutiert werden, in diesem Punkt sind sich alle einig, hierbei wird auch bei Thor Steinar keine Ausnahme gemacht. Wer sich in Fanszenen bewegt, muss mittlerweile mitbekommen haben, um welche Art Bekleidung es sich handelt, wir nehmen niemand die Ausrede ab, der Hintergrund von Thor Steinar sei unbekannt. Eine weitere antirassistische Aktivität ist die Mitnahme von Flüchtlingen zu unseren Heimspielen. Sie werden von uns abgeholt und den ganzen Tag so begleitet, dass sie das Gefühl bekommen gleichwertige Mitglieder der Gruppe zu sein, einer der Flüchtlinge hat seit Anfang dieser Saison sogar eine Dauerkarte.

Viele Fussballfans spürten im Vorfeld der WM Repression. Habt ihr Erfahrung damit gemacht? Gibt es Aktionen gegen Polizeischikanen?

Die Repressionen sind enorm, es hagelt Stadionverbote und Anzeigen, genauso ist allerdings auch der Widerstand und Zusammenhalt gewachsen. Zur Zeit ist es zwangsläufig bestimmendes Thema für die Gruppe und würde für ein gesamtes Buch ausreichen…

Gibt es eine BRD-weite Vernetzung von politischen Ultras bzw. ein internationales Netzwerk?

Die Vernetzung von antirassistischen Fans aller Länder ist eines unser Hauptziele und Aufgabengebiet. Bei dem jährlichen Einladungsturnier von uns und dem Fanladen kommen mittlerweile vierzig antirassistisch aktive Fan- oder Ultràgruppen aus ganz Europa und Israel zusammen.

Stell dir vor, es gibt Aktionen gegen einen Naziaufmarsch in Hamburg. Gleichzeitig ist Derby in Hamburg. HSV gegen St. Pauli. Wo fährst Du hin?

In erster Linie ist es natürlich immer noch ein Fußballzusammenhang, insofern würde jener wahrscheinlich auch die Priorität auf den Fußball legen. Es hängt sicher auch viel von den Umständen ab, welche Art Derby es ist und welche Art Naziaufmarsch. Nichts desto trotz gäbe es in jedem Fall einige die nicht ins Stadion gehen würden.

◆ www.ultra-stpauli.com

Meine Ilse K.: Kommunikationsprobleme